

Pressemitteilung

Zum Entwurf des Wissenschaftsplans in Bremen

Bremen und Bremerhaven, 20. Mai 2014. Die Hochschulen im Lande Bremen leisten gute Arbeit – leiden aber seit Jahren unter einer extremen Unterfinanzierung. In den kommenden Jahren werden die Aufgaben für die Hochschulen umfangreicher, vielfältiger und schwieriger. So muss in der Lehre einer immer differenzierter werdenden Studierendenschaft ebenso Rechnung getragen werden wie den rasanten technischen Veränderungen und der weiter vorschreitenden Globalisierung. Diese Veränderungen betonte auch der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten für die Bremer Bildungsbehörde.

In ihrem „Wissenschaftsplan 2020“ stellt die Bildungssenatorin daher eine Vielzahl von berechtigten Forderungen: Noch mehr Internationalität, ein noch stärkeres Eingehen auf die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Studienanfänger, mehr Weiterbildung der Lehrenden, mehr Forschung in neuen Themenfeldern. Eine höhere Studienerfolgsquote, mehr englischsprachige Lehre, mehr eingeworbene Forschungsmittel, mehr hochklassige Veröffentlichungen – ja, das alles möchten wir Lehrende und Studierende an den Hochschulen auch gerne!

Aber wie sehen die Voraussetzungen aus, die die Bildungssenatorin anbietet, um diese Ziele zu erreichen?

Die Studierenden sollen vom Prüfungsstress entlastet werden, den die Bachelor-Studiengänge mit ihrer kleinteiligen Prüfungsstruktur mit sich gebracht haben. Das ist etwas, was wohl noch die meiste Zustimmung innerhalb der Hochschule finden wird: weniger und teilweise unbenotete Prüfungen und häufigere Anerkennungen fachfremder Veranstaltungen. Insgesamt soll zudem weniger Inhalt vermittelt werden („stoffliche Überfrachtung vermindern“). Sicher kann man so auch den Anteil der Studienabbrecher verringern und die Abschlussnoten verbessern. Aber ob man damit auch die Chancen auf einen Job in München oder in Stuttgart verbessert? Müsste man nicht stattdessen die Studienbedingungen verbessern – also kleinere Lerngruppen, mehr Brückenkurse für Studierende mit schlechteren Startbedingungen, mehr Unterstützungsangebote in Form von Tutorien? Freilich, das würde Geld kosten.

Der Entwurf der Senatorin ist jedoch von einem eisernen Sparwillen geprägt:

- An der Hochschule Bremen soll die im bundesweiten Vergleich katastrophale zahlenmäßige Betreuungsrelation dadurch verbessert werden, dass bei gleichbleibender Zahl an Professuren (145) und wissenschaftlichen Mitarbeitern (9) die Studierendenzahl gesenkt wird – teilweise durch Abschaffung von international ausgerichteten Studiengängen wie Volkswirtschaft, Journalismus, Politikmanagement und Tourismusmanagement, weil es hier weniger Möglichkeiten gebe, Lehrveranstaltungen mit anderen Studiengängen zusammenzulegen. Die Behörde verkennt dabei, dass diese Studiengänge keine „Doppelangebote“ zu universitären Angeboten sind, sondern eigenständige praxisorientierte und internationale Profile anbieten.

Gerade diese Studiengänge leisten auch einen hohen Beitrag zur Durchlässigkeit und zum lebenslangen Lernen, studieren hier doch im Vergleich zur Universität überproportional viele Studierende mit Migrationshintergrund oder auf dem zweiten Bildungsweg.

- Hinzu kommt: 38 der 200 Dienstleisterstellen an der Hochschule Bremen sollen künftig wegfallen. Das sind in den technischen Studienfächern die Praxisbetreuer und Laborassistenten. Für die Studierenden könnte dies erhebliche Verschlechterungen ihrer praxisorientierten Ausbildung bedeuten.
- An der Hochschule Bremerhaven sollen die Masterstudiengänge auf nur wenige, hauptsächlich technisch ausgerichtete Angebote reduziert werden. Dadurch wird für Studienbewerber, die diese Abschlüsse anstreben, auch schon das Bachelorstudium in Bremerhaven unattraktiv. Denn die Hochschule in Bremerhaven bedient nicht nur in der Stadt, sondern in einem weiten Umkreis in den Regionen Elbe-Weser und Wesermarsch einen Arbeitsmarkt, in dem bereits heute die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte ein großes Problem darstellt. Mit dem Abbau von Masterstudienplätzen und der Reduzierung der Angebote auf sehr wenige forschungs- und technologieorientierte Angebote wird es für die Unternehmen noch schwieriger werden, Hochqualifizierte zu rekrutieren und zu binden.
- Und schließlich tut die Senatorin alles, um die bislang außerordentlich hohe Motivation der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu dämpfen. Im Entwurf für den Wissenschaftsplan wird eine Erhöhung der Besoldung der Professuren und der Tarifgehälter der Angestellten bis 2020 nicht in Betracht gezogen. Wir befürchten, das bedeutet: Nicht nur keine Korrektur der bereits erfolgten Kürzungen der Besoldung in den vergangenen Jahren, sondern die Androhung, auch in Zukunft gegen alle verfassungsrechtlichen Bedenken den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern weiterhin Sonderopfer zuzumuten oder aber die Hochschulen zu zwingen, Gehaltssteigerungen durch Umschichtungen zu Lasten von Lehrqualität und Forschungsmöglichkeiten zu finanzieren.

Fazit: Bessere Ergebnisse erbringen unter schlechteren Voraussetzungen – diese Rechnung der Senatorin kann nicht aufgehen.

Verantwortlich und Kontakt:

Professor Dr. Hans H. Bass, HS Bremen
hans-heinrich.bass@hs-bremen.de

Professor Dr. Wolfgang Lukas, HS Bremerhaven
w.lukas@hs-bremerhaven.de
Internet: <http://hlbbremen.wordpress.com/>

Hintergrund:

Der Hochschullehrerbund/Landesverband Bremen ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen in Bremen. Er hat zurzeit 64 Mitglieder. Seine Aufgabe ist es, das Profil dieser Hochschulart, die Wissenschaft und Praxis miteinander verbindet, in der Öffentlichkeit darzustellen. Der *hlb*Bremen fördert die Kommunikation zwischen den Lehrenden und Forschenden, den Unternehmen in der freien Wirtschaft und den Arbeitgebern in der öffentlichen Verwaltung. Er berät seine Mitglieder in allen Fragen der Ausübung des Hochschullehrerberufs. Er ist Mitglied der Bundesvereinigung des Hochschullehrerbunds *hlb* mit bundesweit ca. 6 000 Mitgliedern.